

## Stadtrundgang: Finanzmarkt und Widerstand

**Es glänzt und es ist Gold wert!**

Im Rahmen der Anti-Wef-Kampagne 07 präsentieren wir  
Stadtrundgang durch Zürichs Bahnhofstrasse zum Thema:  
Finanzmarkt und der Widerstand dagegen.  
Geschichte und Gegenwart vor Ort.



**Sonntag, 7. Januar 07, 14-16 Uhr**  
**Bürkliplatz, Terrasse am See**

1. Bürkliplatz: Einleitung
2. Nationalbank: Notenbank
3. ZKB: Sparkassen, Volksbanken, Microfinance
4. Paradeplatz: Bankfiliale in der Hotelsuite
5. Alte Börse: Die Börse
6. Parade: Bankenstreik in Zürich
7. Bally: Private Equity
8. UBS: Südafrika
9. Bahnhof: Alfred Escher und die SKA

# Bürkliplatz: Einleitung Stadtrundgang

Wir begrüssen euch ganz herzlich zum Stadtrundgang zum Thema Finanzplatz Zürich und Widerstand dagegen und wir freuen uns, dass ihr es trotz der wenig sommerlichen Atmosphäre, hier an den See geschafft habt. Wir, d.h. Leute des revolutionären Aufbaus und Einzelpersonen, werden uns in den nächsten 2 Stunden darum bemühen, euch die Zeit so angenehm wie möglich zu machen. Natürlich könnt ihr hier auch die Zeitung des revolutionären Aufbaus kaufen, sofern ihr noch kein Abo habt. Die letzte Ausgabe hatte passenderweise den Schwerpunkt auf dem Finanzplatz.

Das Thema Finanzplatz und Widerstand dagegen ist für einen Stadtrundgang natürlich ein viel zu grosses Thema und manchmal auch zu abstrakt. Dennoch haben wir uns im Rahmen der diesjährigen WEF Vorbereitung dazu entschieden, dieses Thema zu wählen. Nicht nur wegen der augenfälligen personellen Überschneidungen, die Grössen der Züricher Bahnhofstrasse sind natürlich alle auch strategische Partner des WEFs. Vor allem darum, weil wir uns hier in Zürich nicht vor dem Thema Finanzplatz scheuen dürfen. Aus demselben Grund, weshalb das WEF in Davos tagt, befindet sich der Finanzplatz hier, zu unseren Füessen sozusagen. Die Schweiz ist das ruhige Hinterland. Arbeitsfrieden, hohes Lohnniveau und gewisse sozialstaatliche Errungenschaften machten sie stets zu einer Insel der Ruhe und Ordnung, wirtschaftsliberale Politik zu einer Traumdestination der Chefetagen. Die Zeiten ändern sich, das ist klar, doch bleibt die Schweiz vergleichsweise befriedet. Und damit ein Zentrum der Wirtschaft und der Wirtschaftsgipfel. Und wir, die wir uns ernsthaft darum bemühen den Kapitalismus anzugreifen und eine andere Perspektive aufzuweisen, müssen uns mit dem Thema zwingend befassen.

Der Finanzplatz beschäftigt nur etwa 4-8% der schweizerischen Bevölkerung, je nach dem, was wir zum Finanzplatz zählen und was nicht. Auf jeden Fall sind das nicht sehr viele Personen. Die Steuereinnahmen setzen da ganz andere Zeichen, im Kanton Zürich sind 25% der Steuereinnahmen den Banken zu verdanken, weshalb die hiesige Sozialdemokratie die Banken so abgöttisch verehrt und was auch klar macht, weshalb die Polizei die Bahnhofstrasse so manisch verteidigt. Sie schützen ihre Geldgeber nicht nur im übertragenen Sinne sondern sehr konkret. Das Staatspersonal wird sozusagen über diese Quellen finanziert. Und sie verteidigt 20% des Weltvermögens, das hier an der Bahnhofstrasse verwaltet wird. Eine unglaubliche Vorstellung! Von allem Cash, der auf der Welt gezahlt wird, wird ein Fünftel hier gehortet und eingesetzt. Das nennt sich wohl normalerweise Kapitalflucht. Weltweit werden Leute ausgebeutet und der Profit, der daraus resultiert landet zu einem massgeblichen Teil hier. Das ist ebenfalls eine der hiesigen Spezialitäten. Auswärts ausbeuten und den Gewinn einfahren. Aber das ist nicht die ganze Wahrheit. Die Qualität des Schweizer Finanzplatzes liegt im Gegensatz zu gewissen Offshore Märkten darin, dass sie eben doch ein Fundament hat, sie gehört zu den Industriestaaten, beutet auch hier ArbeiterInnen aus und ist dadurch solide. Ein nur Finanzplatz ist da sehr viel bedrohter.

Was wir auch tun, für uns normale Menschen – Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellte, Arbeitslose oder auch Kleinbürger und Kleinbürgerinnen – an allen Ecken und Enden fehlt uns die Kohle und der staatliche Imperativ heisst sparen, sparen, sparen! Das Kapital scheint knapp zu sein. Das ist aber nur die Erscheinungsebene, die sich uns präsentiert. Tatsächlich herrscht Kapitalüberproduktion, d.h. es gibt zu viel Kapital, so viel zu viel, dass die Wirtschaft in Krise geht, denn nur angelegtes Kapital ist gutes – also rentables Kapital. Den Investoren – Investorinnen gibt es auch, doch sind Frauen in diesem Bereich ziemlich vernachlässigbar – den Investoren also hocken die Millionen locker in der Tasche und kaum wird ruchbar, dass eine Investition rentabel sein könnte, rollt der Rubel in Massen. Enron ist sinnbildlich dafür, jedoch nur ein Beispiel. Spürbar ist die Entwicklung überall, für uns unmittelbar auf dem komplett überhitzten Bodenmarkt, der zu den unbezahlbaren Mietpreisen Zürichs führt. Die FAZ hat im Dezember 2006 geschrieben, die Beteiligungsgesellschaften, das sind Private Equity Firmen, besässen im Moment

einen Liquiditätsberg von 300 Milliarden \$, und damit ist nur das gegebene Eigenkapital gemeint. Und damit liessen sich, ich zitiere „alle 30 Gesellschaften im Deutschen Aktienindex Dax auf einmal kaufen und den Aktionären obendrein eine attraktive Prämie auf die aktuellen Aktienkurse bieten“. Auf private equity kommen wir noch zu sprechen, hier soll nur illustriert werden, welche Ummengen an Kapital in den Startlöchern stehen.

So, und damit beginnen wir den Rundgang, der keiner ist, denn es geht nicht rund sondern gerade aus. Das Programm habt ihr sicher alle schon angeschaut, es führt uns abgesehen von einem kleinen Abstecher zur alten Börse gradlinig von hier bis zum Bahnhof. Bei der Nationalbank wird der Monetarismus Thema sein, vor der Kantonalbank die Ideologie des Zwangssparens, am Paradeplatz deutsches Raubgold aus dem 2. Weltkrieg und danach vor der alten Börse das Treiben der Börse. Zurück am Paradeplatz werden wir über den Bankenstreik berichten und dann einige Meter die Bahnhofstrasse runter vor der UBS über die Anti-Apartheidsbewegung. Zum Schluss werden wir vor der Bally etwas über Private Equity Firmen und auf dem Bahnhofplatz noch etwas zu Alfred Escher und die SKA, heute CS sagen.

Wir werden euch wenig Zahlen und Formeln runterleiern und uns mehr auf die konkret erzählbaren Seiten des ökonomischen Handelns konzentrieren. Wir werden dabei vieles auslassen, weil halt einfach nicht alles möglich ist. So werden wir keine Skandalgeschichten erzählen, die zu Hauf möglich wären, gerade im Bereich Geldwäscherei, das Bankgeheimnis wird uns nicht interessieren und Versicherungen, Pensionskassen und Treuhandgesellschaften lassen wir einfach weg. Wir mussten uns beschränken. So vieles könnte erzählt werden, so viele Stadtrundgänge wären zu diesem Thema möglich, darum erwähnen wir hier nur, dass wir diese Themen nicht erwähnen. Aber was nicht ist, kann ja noch kommen, wir wünschen euch – und auch uns – viel Spass. Bitte unterbrecht den jeweiligen Redner oder die Rednerin, wenn ihr Fragen habt oder zusätzliche Informationen wünscht. Das ist gar kein Problem, im Gegenteil, es würde uns freuen. Also legen wir los.

Wir beginnen mit einigen historischen Fotos der Bahnhofstrasse. Diese war nicht immer der Vorzeigeort Zürichs, vor allem der Teil zwischen Paradeplatz und See musste zunächst massiv umgestaltet und entsumpft werden, um so zu sein, wie wir ihn heute kennen. Die Fotos verstehen sich relativ kommentarlos und sind beschriftet, sie können einfach rumgereicht werden. Danach geht es über die Strasse zur Nationalbank.  
Monetarismus

## Nationalbank: Notenbank

Nach reaktionärer oder auch reformistischer Propaganda ist sie die Verwalterin des so genannten Volksvermögens. Sie regelt den Zinsfuss der Banken und ist das beste Symbol des Monetarismus, des Neoliberalismus, also der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik. Der Grundgedanke einer „angebotsorientierter Wirtschaftspolitik“ ist dem Kapital möglichst gute Bedingungen zur Verfügung zu stellen um profitable Investitionen zu tätigen.

Das erklärte Hauptziel dieser Institution ist die Inflationsbekämpfung. Denn sie sei das grösste Hemmnis einer Volkswirtschaft. Hindere sie an ihrem Wachstum.

Eine Inflation entsteht, wenn quasi zuviel Geld vorhanden ist, denn nach Meinung der Monetaristinnen, schafft sich nur das Angebot seine Nachfrage selber, nicht aber umgekehrt.

Also muss der Zinsfuss angehoben werden um Investitionen zu verteuern. Dadurch wird die Konjunktur künstlich gebremst. Das heisst aber auch, dass bei anziehender Konjunktur ökonomisch mögliche Lohnanstiege verhindert werden. Die Arbeitenden können also weder bei sinkenden Zinsen (als Antwort auf eine drohende Rezession) noch bei einer florierenden Volkswirtschaft darauf hoffen, ihr Lohn werde den steigenden Einkünften der Produktionseigner entsprechend steigen.

Verschärft sich die Krise, so muss der Zinsfuss so tief wie möglich gehalten werden.

Die eigentliche Dimension darin erschliesst sich in der Betrachtung „von unten“. Denn die Funktionsweise dieser Bank ist ein wichtiges Mittel des Klassenkampfes von oben nach unten.

Das zeigt sich darin, dass hohe Löhne der Arbeitenden nicht nur nicht erwünscht, sondern als effektive Störung der Marktkräfte gelten.

Störung in diesem Sinne, dass die Arbeitenden offensichtlich kein Verständnis für die Marktkräfte besitzen, wenn sie höhere Löhne fordern. Denn die monetaristische Theorie geht davon aus, dass ein Mensch ohne Arbeit, nur zu einem solchen wird, weil er falsche Lohnerwartungen hat.

Grundbedürfnisse decken zu wollen scheint bereits eine solch übertriebene Erwartung zu sein. Also ist jeder Mensch ohne Arbeit freiwillig arbeitslos, weil er nicht bereit ist weniger Lohn zu bekommen, als er seines Erachtens wert ist.

Die von den Monetaristinnen angestrebte Preisstabilität, ist lediglich eine Verschleierung des Ausbeutungsverhältnisses. Denn der teuerste Faktor im Produktionsprozess ist nun mal die Arbeitskraft, und den wollen sie niedrig halten, beziehungsweise mit allen Mitteln senken.

Leider ist dies nur begrenzt möglich. Denn noch immer existieren „Marktstörer“ wie die Arbeitslosenkasse, Sozialhilfe und sonstige staatliche Eingriffe, welche es dringend zu bekämpfen gelte. Denn, ohne diese Marktstörer sind die Arbeitenden vollständig dem Gesetz der „unsichtbaren Hand“ ausgesetzt und würden ihr „Suchverhalten“, wie sich die Damen und Herren, die für sich Wissenschaftlichkeit beanspruchen ausdrücken, intensivieren. So, dass alle eine Stelle bekämen.

Durch einen immer deregulierten, so genannt „offenen“ Markt senken sich die durchschnittlichen Lohnerwartungen und die Kapitalistinnen können ihre Gewinnspanne vergrößern.

Die kapitalistische Überproduktionskrise greift allerdings zu tief um mit dem Mittel der Anregung der Investitionstätigkeiten beziehungsweise deren Blockierung durch hohe Zinsen beizukommen.

Beispiel Japan, wo über zehn Jahre einen Zinsfuß von praktisch null einherging mit einer Deflation. Das heisst das Geld gewann an Wert, trotz der optimalen Bedingungen für die Investitionen. Doch das will nicht richtig ins Bild der Monetaristinnen passen. Kann es sein, dass sie sich irren?

## Zürcher Kantonalbank: Sparkassen, Volksbanken, Kantonalbanken und *Microfinance*

Finanzinstitutionen formen den Kapitalismus wesentlich mit – diese sehr allgemeine These steht über allen Beiträgen unseres Stadtrundgangs. Hier geht es um eine v.a. ideologische Prägung, die Rolle nämlich, die Sparkassen, sog. „Volksbanken“ und die Kantonalbanken im Industrialisierungsprozess spielten. Es ging dabei um „Hilfe zur Selbsthilfe“, die in manchen Zügen an die Rhetorik heutiger Entwicklungshilfe erinnert, und die drohende Umverteilung von oben nach unten mit Darlehen ersetzen will, oder noch besser: mit Umverteilung von unten nach oben – mit Ersparnissen nämlich, die hin zur Bank wandern.

Wie sah das in der Schweiz des 19. Jh. aus? Der Kanton Zürich, v.a. das Oberland, war früh und ländlich industrialisiert, entlang den Flüssen entstanden in der ersten Hälfte des 19. Jh. Fabriken, die hauptsächlich Baumwolle und Seide v erarbeiteten. Mit den FabrikarbeiterInnen kam die Sorge der Bürger vor den „Paupers“, den Armen, wie sie es nannten, oder dem „Proletariat“ (wie sie es auch damals meist lieber nicht nannten). Wenn diese neue Klasse von Leuten selbständig sparen würde – so dachten bürgerliche Intellektuelle -, so würden diese Leute nicht völlig verarmen (und dem Staat Kosten verursachen) und sie würden auch nicht gefährlichen modernen Lehren über gesellschaftliche Gerechtigkeit anheimfallen. Eine solche Ideologie prägte die Sparkassenbewegung, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts Verbreitung fand. Vor 1817 gab es 16 solche Banken in der Schweiz, 1849 waren es über 150 und 1870 besass

knapp ein Drittel der Bevölkerung des Kantons Zürich ein Sparbüchlein. Das Ziel war die „Unterstützung des Fleisses“ (wie sich ein Zürcher Regierungsrat um 1850 ausdrückte <sup>1</sup>) und deshalb wurden Broschüren mit solchen Titeln gedruckt: „Bete und Arbeite – ein wohlgemeintes Wort an die Arbeiter (...) über den Segen der Sparkassen, von der Seidenindustriellen-Gesellschaft.“ Die ökonomischen Realitäten konnte eine solche ideologische Offensive nicht wegzaubern, weil FabrikarbeiterInnen zu wenig verdienten, um sparen zu können. Deshalb mussten die Fabrikbesitzer eingespannt werden – das klappte aber nur in einzelnen Fällen. Ein Viertel der Sparkassen im Kanton Zürich waren zur Jahrhundertmitte eigentliche Fabriksparkassen, in denen per Lohnabzüge Zwangssparen verordnet wurde: viel spricht dafür, dass einige findige Fabrikbesitzer so ein finanztechnisches Perpetuum Mobile zur Hand hatten, indem die Zwangseinlagen der ArbeiterInnen Investitionsmittel für den Besitzer schufen.

Solche Fabrikbesitzer blieben allerdings eine Minderheit (die Fabrikbesitzer hatten wenig Mühe, Kredite zu finden), und so äusserte sich ein Pfarrer 1853 folgendermassen: „Die Fabrikbesitzer müssen so human werden, dass sie in den Zeiten, wo ihr Geschäft schwunghaft geht und ihr Gewinn ein grosser ist, dem Arbeiter zwar nicht mehr Lohn direkte ausbezahlen, aber mehr für ihn in die Ersparniskasse legen. Der Fabrikherr soll seine Arbeiterschaft als die Erweiterung seiner Familie betrachten und Freud und Leid, das ihm in seinem Hause widerfährt, seine Arbeiter dadurch miterleben lassen, dass er bei Hochzeit-, Tauf- und Traueranlässen seiner Untergebenen mit Gaben in die Ersparnis- und Krankenkasse eingedenkt. (...) Unsere Fabrikherren wollen noch nicht recht d'ran. Sie lächeln über solche schönen Phantasien und mehr als einmal ist's uns begegnet, dass sie darüber erzürnen und uns (...) der Hinneigung zum Sozialismus beschuldigten; sie sehen nicht ein, dass dies Alles der einzige Weg ist, der nahe dräuenden Gefahr des Sozialismus zu entgehen.“<sup>2</sup>

Die Fabrikbesitzer interessierten sich zunächst also mehr fürs Geschäft als für patriarchalische Autorität, erst als in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ihr Reservoir an billigen und qualifizierten Arbeitskräften versiegte, begannen sie sich um die zwangsweise Bindung der Fabrikarbeiterinnen an den Betrieb zu kümmern. Eine Rhetorik der Armenhilfe (bzw. der Selbsthilfe) hatte die Sparkassen begleitet, doch ironischerweise war die einzige Bevölkerungsgruppe der Armen, bei denen diese finanztechnische Modernisierung funktionierte, die städtischen Hausangestellten oder Dienstbotinnen – eine Gruppe, die quasi ausschliesslich aus Frauen bestand und die in geradezu in „vorbürgerlichen“, „feudalen“ Abhängigkeitsverhältnissen arbeitete. Wenn die ArbeiterInnen nicht sparen konnten und die einzige proletarische Bevölkerungsgruppe, die – per Zwang - sparte, die Dienstbotinnen waren, wer nahm dann die Sparkassen in Anspruch? Viel spricht dafür, dass es das handwerklich-gewerbliche Kleinbürgertum war. Der Mittelstand finanzierte sich mit der Entwicklungshilfe selbst. Diese Gruppe war es auch, die in den 1860er Jahren sich im Kanton Zürich in der sog. „Demokratischen Bewegung“ sammelte und eine Kantonalbank forderte. Einerseits handelte es sich dabei um eine ländliche Elite, die ihren Platz gegen das städtische Grossbürgertum forderte. Alfred Eschers neue Grossbank Kreditanstalt – von ihr werden wir noch hören – vergab keine Kredit an KMUs, sondern interessierte sich allein für ein riesiges Investitionsprojekt, den Eisenbahnbau. Andererseits war die „Demokratische Bewegung“ eine breite Volksbewegung, die gegen die potenzierte Kapitalmacht mobil machte. Auch Karl Bürkli (verwandt aber nicht zu verwechseln mit dem Architekten Karl Bürkli, von dem wir vorher gehört haben) polemisierte gegen das „System Escher.“ Bürkli war ein Edelsozialist, ein Anhänger von Fourier und ein Genossenschaftsgründer und er forderte eine Kantonalbank mit Parolen wie: „Eine Kantonalbank, aber keine Herren-, sondern eine Volksbank“, sowie „Sturz der Geldaristokratie durch eine Staatsbank“<sup>3</sup>.

<sup>1</sup> Sulzer, Eduard: Ein Beitrag zu Lösung einer der wichtigsten Fragen unserer Zeit, ZH 1852. S. 192.

<sup>2</sup> Pfarrer H. Hirzel in den Verhandlungen der schweizerischen reformierten Prediger-gesellschaft, 14. Jahresverhandlung, 1853. S. 38ff. Zit. nach Braun, Rudolf: Sozialer und kultureller Wandel in einem ländlichen Industriegebiet im 19. und 20. Jahrhundert, Zürich: Chronos 1999, S. 95.

<sup>3</sup> Bürkli, Karl: Eine Kantonalbank, aber keine Herren-, sondern eine Volksbank, keine 5 und 6%, sondern 2, höchstens 3% Zins. Sturz der Geldaristokratie durch eine Staatsbank ohne Gold- und Silbergeld, Zürich 1866.

1870 wurde die ZKB gegründet. Ab den 1870er Jahren wurden mit der ersten grossen Krise des Industriekapitalismus die Konzepte des Liberalismus durch solche der Staatsintervention abgelöst. Volksbanken sollten gegen den „Wucher“ kämpfen, ein Schlagwort, mit dem antisemitische Stereotypen die Verunsicherung angesichts der Wirtschaftskrise ableiteten.

Damals wie heute ist die Bedeutung der Kantonalbanken für die Schweizer Binnenwirtschaft gross, und das ist in der deregulierten Schweiz von heute eigentlich ein Unikum. Dass die SVP nicht gegen die Kantonalbanken vom Leder zieht, liegt nicht nur an der KMU-Klientel dieser Partei, sondern auch daran, dass sich die Kantonalbanken wie gute imperialistische Grossbanken en miniature verhalten. Der einzige Unterschied bleibt in der Staatsgarantie, weshalb die NZZ bisweilen gegen diese Wettbewerbsverzerrung giftelt.

Unbehagen empfindet seit der jüngsten Vergangenheit ein neuer, links geprägter Mittelstand, der in der Alternativen Bank ethisch vertretbare Anlagemöglichkeiten und Kredite sucht. Kreise um die Alternative Bank wiesen auch hierzulande als erste auf das Potenzial sog. Microfinance für die Entwicklungshilfe im Trikont hin, und damit komme ich zum Schluss. Microfinance gilt als Wunderwaffe gegen die Armut, und meint den Aufbau schlanker, grass-root-mässig organisierter Finanzstrukturen, die Kredite an Leute vergeben, die sonst keine Chance haben, an Kapital zu kommen. Mittlerweile ist auch die Credit Suisse in dieses Geschäft gestossen – freilich vorderhand mehr zu Marketingzwecken, ein Geschäft, das vor allem mit der Ende der 70er Jahre gegründeten Grameen Bank in Bangladesch in Verbindung gebracht wird. Grameen Bank heisst auf Deutsch „Dorf“-Bank und es wäre zynisch zu behaupten, dass sie keine Hilfe bringt. Hier geht es um die ideologische Ebene dieser Entwicklungshilfe. Mit ihrem Fokus auf kleinräumige Einheiten, wo hohe Sozialkontrolle und handfester Druck die Leute in die Spielregeln der Kreditwirtschaft einfügen, erinnert diese „Dorf“-Bank in einigen Punkten ziemlich an die Sparkassen und Kreditgenossenschaften des 19. Jahrhunderts. „Förderung des Unternehmergeists“ (heute) und „Erziehung zur Sparsamkeit“ (damals) lassen sich – ohne vorschnell Analogieschlüsse zu ziehen – zueinander in Beziehung setzen. Es ist die Ideologie der Selbsthilfe, die, wie eingangs gesagt wurde, Subventionen durch Darlehen ersetzt, eine Ideologie, die in ihrer neoliberalen Prägung in Vielem an die Konzepte des Liberalismus erinnert. Die Ideologie dieser Entwicklungshilfe hat auch Rückwirkungen auf die industrialisierten Länder selbst – soll doch auch hier private Vorsorge, individualisiertes Sparen, die Umlageverfahren des Sozialstaats ablösen. Was die Sparkassen des 19. Jahrhunderts vor allem beabsichtigten, war, den sozialen Frieden zu erhalten. Und so erstaunt es nicht so sehr, dass die Grameen Bank des 21. Jahrhunderts vergangenes Jahr den Friedensnobelpreis erhielt.

## Parade: Schweizer Banken, Schweizer Geld morden mit in aller Welt! oder: Die Bankfiliale in der Hotelsuite

Ich möchte hier am Paradeplatz einige Worte zum Finanzplatz Zürich bzw. Schweiz im Zusammenhang mit dem 2. Weltkrieg verlieren. Dazu beschränke ich mich im Wesentlichen auf eine sinnbildliche Anekdote zum Thema Raubgold. Das Thema der Nachrichtenlosen Vermögen, das auch in dieses Themenfeld gehören würde, lasse ich beiseite. Man könnte Tage hier auf und Abwandern, wollte man all die Ungeheuerlichkeiten und Skandale erzählen, für die viele der hier repräsentierten Firmen stehen.

Nun also zum Raubgold: Der Aufstieg des Schweizerischen Finanzplatzes ist eng mit den beiden imperialistischen Weltkriegen verbunden. So festigte sich die Position der Schweiz als internationaler Finanzumschlagsplatz erstmals im Jahre 1914, als sich alle Kriegsparteien an die Schweiz wandten und der Schweizer Franken vermehrt als Fluchtwährung eingesetzt wurde. Diese Position baute der Schweizerische Finanzplatz im Zweiten Weltkrieg noch weiter aus. Dies konnte er aufgrund der Schlüsselposition, die er als einziger freier Goldmarkt für die internationalen Finanzbeziehungen einnahm. Hier tat sich vor allem die Schweizerische Nationalbank (SNB) hervor, indem sie insbesondere

Nazideutschland mit dem Kauf von Raubgold entgegenkam. Auf diesem Wege konnte sich das Deutsche Reich in den neutral genannten Staaten mit strategisch wichtigem Material eindecken. Dem Schweizer Franken sei dank! Der Schweizer Franken war damals die einzige von Drittländern akzeptierte Währung, welche die Nazis erlangen konnten. Sie war für sie also von enormer Wichtigkeit. Heute wird davon ausgegangen, dass die SNB für 1.5 Milliarden SFR Nazigold kaufte.<sup>4</sup> Das Raubgold stammte vor allem aus den Zentralbanken besetzter Staaten. Doch auch die Zivilbevölkerung wurde systematisch beraubt, die Beraubten oftmals umgebracht.

Doch warum erzähle ich euch das hier vor dem Hotel Savoy und nicht etwa vor der Nationalbank? Dies hat mit einer Anekdote zu tun, wie sie sich nur an wenigen Orten abspielen kann, weil sie irgendwie sinnbildlich für die Fratze steht, die sich hinter der schimmernden Fassade der Zürcher Bahnhofstrasse versteckt.

Dazu möchte ich etwas weiter ausholen. Nicht nur von staatlicher Seite wurde mit Naziraubgütern gehandelt. Wen wundert's? Die privaten Finanzinstitute standen den Staaten damit in nichts nach. Im Kampf um die von den deutschen Truppen im 2. Weltkrieg eroberten Märkte setzte sich die Deutsche Bank gegen ihre Konkurrenten, vor allem gegen die Dresdner Bank, durch. Dabei spielte ein gebürtiger Schweizer eine wichtige Rolle. Ein gewisser Alfred Kurzmayer fungierte bei der Übernahme des belgischen Bankenwesens aufgrund seiner guten Beziehungen zu Nazikollaborateuren unter belgischen Bänkern als Vermittler. Daraufhin avancierte der aus Luzern stammende Alfred Kurzmayer zum Generalbevollmächtigten der Auslandsabteilung der Deutsche Bank. In einem Schreiben der Eidgenössischen Fremdenpolizei an die Stadtpolizei Zürich vom Februar 1945 wird ein reger Reiseverkehr dieses Zeitgenossen zwischen Zürich und Berlin ersichtlich, wobei abwechselnd die Schweizerische Kreditanstalt (heute CS) bzw. der Schweizerische Bankverein (heute UBS) als Ziel seiner Geschäftsreise genannt sind.<sup>5</sup> Damit scheint langsam wieder durch, warum wir hier am Paradeplatz stehen. Der gute Mann residierte nämlich während seinen auffällig häufigen Aufenthalten in Zürich hier oben im Hotel Savoy. Doch in diesem Nobelhotel beliebte Herr Kurzmayer nicht nur sich von den Reises Strapazen zu erholen, nein er betrieb auch eine regelrechte- wenn auch inoffizielle- Filiale seiner, der Deutsche Bank. Dies geht aus den Fichen des Nachrichtendienstes der Kantonspolizei hervor, in denen auch steht, dass Kurzmayer als Schweizer dank der schweizerischen Neutralität Möglichkeiten habe, die er im kriegführenden Deutschland nicht habe, die jedoch für gewisse deutsche Kreise direkt lebensnotwendig seien.<sup>6</sup> Und von gleicher Stelle hiess es im Dezember 1944: „Als es in Berlin brenzlich wurde, siedelte Kurzmayer nach Zürich über und betreibt seine Geschäft von hier aus“.<sup>7</sup>

Anfang 1946 ist nachgewiesen, dass Kurzmayer über 10 Millionen Franken für die Deutsche Bank in Form von Banknoten, Goldbarren und Eidgenössischen Obligationen. (Staatsanleihen) in der Schweiz deponiert hatte. Dies bei der heutigen UBS bzw. CS. Der Nachrichtendienstakte ist zudem zu entnehmen, dass Kurzmayer, das sei, was man im Volksmund einen Schieber nenne. Er soll auch ab und zu ganze Mappen, ja Köfferchen, mit Schmuck und Goldstücken herum getragen haben.

Für Kurzmayers „schwunghaften Handel“ war der Schweizer Goldmarkt die Grundlage. Auch nachdem dessen privater Anteil durch einen Bundesratsbeschluss 1942 eingeschränkt wurde, ging der Raubgoldhandel durch die Entstehung eines Schwarzmarktes munter weiter.

---

<sup>4</sup> Youssef Cassis / AL, Artikel Banken, Online-HLS,URL:

<http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D14061-1-7.php>, 3.12.2006.

<sup>5</sup> Schweizerisches Bundesarchiv (Hg) Bundesarchiv Dossier 6 (1997): Fluchtgelder, Raubgut und nachrichtenlose Vermögen: Wissensstand und Forschungsperspektiven, S. 37.

<sup>6</sup> Trepp, Gian, In: Schweizerisches Bundesarchiv (Hg) Bundesarchiv Dossier 6 (1997): Fluchtgelder, Raubgut und nachrichtenlose Vermögen. S. 40-41

<sup>7</sup> Bundesarchiv, E2001 (E) 1968/78, Dossier Alfred Kurmayer, Brief der Bundesanwaltschaft an das Eidgenössische Politische Departement 21. Dezember 1944, zit nach: Gian Trepp, S. 41.

# Alte Börse: Die Börse

Wir stehen hier nicht etwa vor der heutigen Zürcher Börse. Diese wurde Anfang der 90er Jahre an der Selnaustrasse 10 erbaut. Bis dann funktionierte sie in diesem alten Gebäude Baujahr 1930. Sie war auch schon Ziel von Widerstandsaktionen, z.B. im Zusammenhang des 1. Golfkrieges 1991.

Im Oktober 2006 setzte die Zürcher Börse swx Geschäfte im Gesamtwert von 147 ½ Mia. Franken um – also ca. einen Drittel des Bruttoinlandproduktes der Schweiz. Am WEF ist sie nicht direkt vertreten, sondern über Vertreter der Banken und Versicherungen in ihrem Verwaltungsrat, insbesondere David J. Blumer von der CS.

Die erste Börse entstand 1531 in Antwerpen. Börsen sind also mit der Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus seit seiner frühesten Zeit verbunden. Ursprünglich ging es um geschäftliche Treffen von Kaufleuten, an denen Waren gehandelt und via Angebot und Nachfrage die Preise bestimmt wurden. Heute sind es vor allem sogenannte Wertpapiere, die hier öffentlich gehandelt werden. Was sind das?

Am bekanntesten sind Aktien und Obligationen. Mit Aktien beteiligt man sich direkt an einem Unternehmen. Ihr Wert steigt und fällt mit dem Erfolg des entsprechenden Unternehmens. Dividenden werden je nach diesem Erfolg ausgeschüttet oder auch nicht. Obligationen sind Geldanleihen von einem bestimmten Betrag für eine bestimmte Laufzeit und meistens zu einem bestimmten Zinssatz, die man einem Unternehmen oder auch einem Staat, einem Kanton, einer Provinzregierung gibt.

Wertpapiere sind Ausdruck eines Anspruchs auf zukünftig produzierten Mehrwert (Aktien und Obligationen von Privatunternehmen direkt, Staatsobligationen indirekt als Anspruch auf Steuergelder, aus denen diese Obligationen verzinst werden). Die Funktion der Aktivitäten an den Finanzmärkten besteht hauptsächlich darin, Geldkapital dorthin zu schleusen, wo es am profitabelsten verwertet werden kann. Dadurch entstanden immer grösser werdende Geldströme, die um den ganzen Erdball gejagt werden. Weltweit setzen die Börsen täglich ca. 2 Billionen US-Dollar um<sup>8</sup>. Das ist der sechsfache Wert des Schweizer Bruttoinlandprodukts eines Jahres, also der Gesamtwertes der in der Schweiz produzierten Güter und Dienstleistungen.

Gegenüber anderen Formen von Finanzmärkten, auf die wir an diesem Stadtspaziergang noch kommen werden, findet der Handel an den Börsen immerhin im Licht einer gewissen Öffentlichkeit statt. Die Firmen müssen Minimalstandards an Transparenz ihrer Buchführung erfüllen, und es gibt viele Vorschriften, die es auch kleineren GeldbesitzerInnen ermöglichen, am Handel teilzunehmen, ihr Geld, wenn es gut geht, zu mehr Geld zu machen.

## **Weitere Charakteristika des Börsenhandels:**

1. Die „Wertpapiere“, obwohl sie wertlos sind (keine menschliche Arbeit enthalten), verhalten sich auf den Finanzmärkten so als ob sie Waren wären. Insbesondere gehorchen sie dem Gesetz von Angebot und Nachfrage. Das kann zu grotesken Überbewertungen und anschliessenden Kollaps ihres „Wertes“ führen. Besonders anschauliche Beispiele fanden sich am Ende der New Economy für alle betreffenden Sektoren (Platzen einer Börsenblase), aber auch für einzelne Konzerne, z.B. beim Zusammenbruch der Swissair oder der schweren Krise bei ABB. Globale Stimmungen und Befindlichkeiten können dabei Lawinen auslösen oder auch wieder eindämmen.
2. Nicht nur Anteile an Firmen oder am Staat werden gehandelt, sondern auch unsägliche Geldmengen in verschiedenen Währungen, bei denen auf Währungsschwankungen spekuliert wird (Devisenhandel). Das kann ganze Volkswirtschaften plötzlich in die Krise stürzen, wobei sich allerdings letztlich

---

<sup>8</sup> Wikipedia

wieder Wechselkurs durchsetzen, welche mit der Wirtschaftskraft der verschiedenen Länder zusammenhängen<sup>9</sup>.

3. Auch Anteile an produzierten oder noch zu produzierenden Waren werden an Börsen gehandelt, insbesondere Rohstoffe. Ins Auge springt zur Zeit der Erdölhandel.
4. In der Kapitalüberproduktionskrise, in der überschüssiges Geld viel zu wenig produktive Anlagemöglichkeiten findet, sucht sich dieses an den Finanzmärkten zu „verwerten“. Entsprechend steigt die Nachfrage und damit die Kurse der Wertpapiere, bis zur nächsten geplatzten Blase. Die gesteigerte Nachfrage bewirkt die Erfindung „innovativer Finanzinstrumente“ wie Optionen, Futures u.a. Diese sind nichts Anderes als Wetten auf das Steigen oder Fallen von Preisen bestimmter Aktien, Obligationen, Immobilien, Währungen, Rohstoffe oder ganzer Börsenindizes. Der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt. Auch diese Instrumente haben eine rationale Seite, wenn sie dazu verwendet werden, bestimmte Preisentwicklungen abzufedern: Die Swiss verkaufte Anfang 2005 Anrechte, Kerosin Monate später zu einem bestimmten (noch niedrigen) Preis zu kaufen, und war dadurch dem rasanten Ansteigen des Ölpreises ohne Abfederung ausgesetzt.

Durch das bisher Gesagte wird klar, dass die Börsen die Profitmacherei im Kapitalismus in ihrer am meisten entfremdeten Form darstellen: Sie erscheint als „Geld heckendes Geld“, wie Marx sich ausdrückte: Geldbesitzer machen ihr Geld durch Kauf und Verkauf von Wertpapieren zu mehr Geld. Dabei ist nicht mehr sichtbar, dass es die ArbeiterInnen sind, welche den Mehrwert schaffen, der an der Börse realisiert wird. „Lassen Sie doch ihr Geld arbeiten!“ dieser Werbeslogan der Zürcher Kantonalbank bringt den Widerspruch zwischen Erscheinung und Wesen besonders klar zum Ausdruck.

## Parade: Bankenstreik 1918 in Zürich

Wir haben vorher von der Zusammenarbeit der Schweizer Banken mit Nazideutschland gesprochen. Diese wird rückblickend, unter gewisser Kritik an der schweizerischen Neutralitätspolitik, oftmals als eine Art „Ausrutscher“ taxiert. Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Die Banken machten nicht nur gute Geschäfte mit den Faschisten, nein sie begrüßten die Machtergreifung der Faschisten in den 30er Jahren auch als Schutz vor dem drohenden Bolschewismus. Dies ist unter anderem durch Aussagen von Rudolf Bindschedler, dem damaligen Generaldirektor der SKA, belegt. Er lobte die NS-Politik, weil diese mit den Bolschewiken aufräume.<sup>10</sup> Die Bankiers engagierten sich auch ganz konkret in Sachen Antikommunismus. So förderten und unterstützten sie die Aktivitäten der „Entente internationale contre la troisieme internationale“- einer ominösen Antikommunistischen Internationalen, die auch mit Nazideutschland kooperierte.

Diese Angst kommt nicht von Ungefähr. Nein, die Bankiers bekamen es im Jahre 1918 ganz praktisch mit dem „Schreckgespenst des Bolschewismus“ zu tun.

„Wird in Zukunft derartigen Vorkommnissen nicht mit aller Energie seitens der Behörden entgegengetreten, so ist zu gewärtigen, dass in unserm Land sowohl das Leben als auch das Eigentum des Bürgers, im Widerspruch zu unsern Gesetzen, der nackten Gewalt des entfesselten Pöbels ausgesetzt werden.“

Diese Zeilen stammen aus einem Schreiben des Dachverbands der schweizerischen Bankiers an den Bundesrat, welches sie am 22. Oktober 1918 verschickten. Sie reagierten damit auf die Vorfälle vom 1. Oktober 1918. An diesem Tag wurde der

---

<sup>9</sup> Das Währungssystem von Bretton Woods mit fixiertem Goldkurs gegenüber dem US-Dollar wurde nicht aus bösem Willen aufgegeben, wie sogar Altvater im WIDERSPRUCH Nr. 50 suggeriert. Die wirtschaftliche Entwicklung in den verschiedenen Ländern und deren Widerspiegelung an den Finanzmärkten hat das Platzen dieses künstlichen Gebildes erzwungen.

<sup>10</sup> Perrenoud Marc, Die Schweizer Bankiers und die Angst vor dem Bolschewismus, in: Boillat (u. A. Hrsg.), Vom Wert der Arbeit, 2006, S. 136-137.

Zugang zu den wichtigsten Niederlassungen der Banken an der Bahnhofstrasse und am Paradeplatz von streikenden Bankangestellten und den sich solidarisierenden Arbeitermassen blockiert.

Heute wie damals war es eine ungewohnte Vorstellung, dass die zumeist als eher bürgerlich denkende „Stehkragenproletarier“ belächelten Bankangestellten sich so offensiv zur Wehr setzten. Doch gehören Bankangestellte heute grossenteils zu den Besserverdienenden unter den Lohnabhängigen, so waren sie in der Zeit um 1918 genauso von der Verelendung bedroht wie die ArbeiterInnen. Grund dafür war die enorme Teuerung. Die Lage der Bankangestellten gestaltete sich schlimmer als bei manchen gelernten ArbeiterInnen. Dies lag an der Art und Weise wie die Bankiers mit ihrem Personal umgingen. Statt die Löhne, entsprechend den steigenden Gewinnen in den Kriegsjahren, anzupassen, hielten sie ihre Angestellten zu Sparsamkeit an. Dies wurde zum Teil auch nachkontrolliert. So mussten die Bankangestellten teilweise ihren Vorgesetzten ihr Konsumbüchlein vorweisen.<sup>11</sup> Die Chefs der Banken beharrten mehr noch als die anderen Kapitalisten auf dem „Herr im Haus“ Standpunkt. Was soviel heisst wie: Sie akzeptierten keine gewerkschaftliche Organisierung. Konsequenterweise wurden die Vorstösse des Bankpersonals, welches sich im Bankpersonalverband zusammengeschlossen hatte, von den Unternehmern ignoriert. Nachdem die mehrfach geäusserte Forderung nach einer Lohnerhöhung ungehört blieb und die Bankiers auch die Vermittlung durch die Regierung ablehnten, beschlossen die Bankangestellten am 29. September 1918 mit 706 gegen 29 Stimmen am folgenden Tag in den Streik zu treten. Sie beschlossen, die Arbeit ruhen zu lassen bis ihre Forderungen nach:

- Einer Lohnerhöhung
- Der Anerkennung des Bankpersonalverbandes

erfüllt seien. Und dies taten sie auch. Dabei zeigte sie sich wie stark ein Streik wirken kann, wenn er nicht isoliert bleibt, sondern sich die anderen Lohnabhängigen solidarisch zeigen.

Die Arbeiterunion Zürich- heute würde man Gewerkschaftsbund sagen- rief am Tag darauf zum Solidaritätsstreik auf und stellte Streikposten in der Bahnhofstrasse und am Paradeplatz. Jetzt erst war die Unternehmerseite bereit zu verhandeln. Doch immer noch weigerte sie sich den Bankpersonalverband als Vertretung der Belegschaften zu akzeptieren. Doch als die Arbeiterunion damit drohte, den von 7 bis 10 Uhr beschränkten Generalstreik nötigenfalls weiterzuführen und weiter auszudehnen, lenkten die Bankiers ein. Und dies in allen Punkten: Ein voller Erfolg. Dies zeigt die Stärke der ArbeiterInnenbewegung von damals. Es kochte förmlich in der ganzen ArbeiterInnenklasse. Dies entging auch der Regierung nicht. So liess sie Truppen aufmarschieren und die Nationalbank militärisch besetzen. Zu Zusammenstössen kam es diesmal noch nicht. Die Befürchtungen des Bürgerblocks der Bankenstreik sei die „Generalprobe zur Revolution“ bewahrheitete sich zwar nicht, der wenige Wochen später ausbrechende Landesstreik führte die Schweizer jedoch in „die grösste Krise des Bundesstaates“<sup>12</sup>

Wie wir dem bereits zitierten Schreiben der Bänker an den Bundesrat entnehmen konnten, war der Bankenstreik für sie ein ziemlicher Schock. Sie wähten sich vor ihrem, so eng an sie gebundenen Personal sicher. Doch diese blockierten im Verband mit den ArbeiterInnen kurzerhand die Pulsader des Finanzplatzes Zürich. Es bleibt zu hoffen, dass noch öfters geschehen wird.

---

<sup>11</sup> Schmid Amman, Die Wahrheit über den Generalstreik, S. 177.

<sup>12</sup> Degen Bernard, Artikel Landesstreik im Online-HLS, <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D16533.php>, 3.01.2007.

# Bally: Private Equity

## Einleitung bei Bally

Wir stehen hier vor einer Filiale der Bally Schuhfabriken AG und werden eine kurze Einführung in die Welt privater Finanzinvestitionen – die sogenannte Private Equity – machen.

## Wieso Bally?

Bally wurde 1999 von der Private Equity-Gesellschaft Texas Pacific Group übernommen. TPG ist dieselbe Gruppe, die in jüngerer Vergangenheit auch die GateGourmet, den ehemaligen Catering-Zweig der Swissair, übernommen hat.

Wie ihr vielleicht mitbekommen habt, haben sich beide Investitionen als Flop entpuppt.

## Wie funktionieren private Finanzinvestitionen?

Das Wort „private“ in Private Equity bedeutet, dass es sich um ausserbörsliche, nicht-öffentliche Finanzinvestitionen handelt. Im Unterschied zum Aktiengeschäft zielen private Investitionen weniger auf den Ertrag aus dem aktuellen Geschäftsgang eines Unternehmens (Dividenden) ab sondern spekulieren auf seinen beim erneuten Verkauf zu erwartenden Gewinn.

Das bedeutet der private Investor kauft das Unternehmen auf, saniert es und veräussert es zu einem höheren Preis. Das geht nur, wenn der Investor davon ausgehen kann, dass das Unternehmen durch Restrukturierung und Rationalisierung mehr Profit abwerfen kann. Somit sind es also in erster Linie hinterherhinkende oder kränkelnde Unternehmen, die sich für eine private Übernahme anbieten.

Diese Restrukturierungen entpuppen sich meist als kurzfristige Sanierungen um das Unternehmen schnellstmöglich auf Hochglanz zu polieren und aus dem Verkauf eine hohe Rendite zu ziehen. So sind Renditen von über 30% durchaus realistisch.

## Wie ist das möglich?

Restrukturierungen finden – wie immer – auf dem Rücken der ArbeiterInnen statt. D.h. also das Private Equity Gesellschaften gewissermassen zu Spezialisten in Sachen "Klassenkampf von oben" geworden sind. Da sie typischerweise Beteiligungen von höchstens 7 Jahren anstreben, geschieht die Aufpolierung meist unter Aufzehrung der produktiven und finanziellen Substanz des gekauften Unternehmens: Entlassungen und der Verbrauch jeglicher Reserven sind gängige Massnahmen.

Der Erfolg von diesen Beteiligungsgesellschaften steht und fällt also mit ihrer Fähigkeit dem potentiellen Käufer eine disziplinierte, ausbeutbare Belegschaft zu präsentieren.

## Ein Weg aus der Krise?

Private Equity Investitionen stellen zwar oft lukrative Schnäppchen dar, können aber den ungeheuren Durst des Kapitals nach rentabler Anlage langfristig auch nicht stillen.

Die aggressiven Methoden der Profitmaximierung von Private Equity Gesellschaften sind die eines jeden Unternehmens: Modernisierung - Rationalisierung - Arbeitsplatzabbau.

Davon auszugehen, dass die Konkurrenz untätig zusieht, wie ihr die Felle davonschwimmen wäre naiv - da lässt man die eigene Belegschaft doch lieber frühzeitig ein bisschen mehr arbeiten oder stösst den einen oder anderen nicht-so-rentablen Geschäftsbereich ab. In diesem Sinne hat die Private Equity einen disziplinierenden Einfluss auf das gesamte Kapital und definiert die Messlatte der Profitmaximierung.

Es wäre also falsch, Private Equity als speziell böse KapitalistInnen zu betrachten, welche in einer ansonsten "fairen" Marktwirtschaft raffgierig nur um den eigenen Vorteil bedacht sind - wie es beispielsweise die SPD anlässlich der sogenannten Heuschreckendebatte 2005 suggerierte. Private Beteiligungsgesellschaften tun dasselbe wie jedes Unternehmen - sie sind nur die konsequenten Vollstrecker der kapitalistischen Profitlogik.

## Wie wirkt sich das auf die ArbeiterInnen aus?

Wie immer gehen die gesteigerten Profite der Unternehmer auf Kosten der ArbeiterInnen. Einige Beispiele dazu:

Die Übernahme der Siemens Metering AG (eine ehemalige Tochtergesellschaft der Siemens AG) durch die amerikanische Beteiligungsgesellschaft KKR (Kohl, Kravis Roberts & Co) verlief aus Sicht der Investoren äusserst erfolgreich; die harten Restrukturierungsmassnahmen ermöglichten einen profitablen Verkauf und verfestigten den Ruf von KKR als erfolgreichen Sanierer.

Dass dabei satte 50% der Arbeitsplätze gestrichen wurden dürfte den Investoren keine schlaflosen Nächte beschert haben.

Dabei nun den moralischen Vorwurf der Heuschrecken zu bemühen wäre aber verfehlt, wie ein Blick auf das Schwesterunternehmen Siemens Building Technologies AG zeigt: Mit dem selben Ziel, nämlich höhere Profite zu erzielen, wurde zur selben Zeit die Umstrukturierung einfach intern durch Outsourcing gelöst: Das Resultat ist Dasselbe: Fette Gewinne auf Kosten der Arbeitsplätze.

Ein bekannteres Beispiel ist der Airline-Catering Gate Gourmet. Die Privat-Equity-Gesellschaft Texas Pacific Group kaufte diesen zweitgrössten Konzern auf dem Markt sehr billig von der Swissair ab. Die Härte der Restrukturierungsmassnahmen und des Drucks auf die ArbeiterInnen führte aber zu dem bekannten Streik im Flughafen London-Heathrow. Das ist das Schicksal dieser Risiko-Investitionen. Der Streik an diesem Flughafen hatte Auswirkungen auf den internationalen Flugverkehr und richtete somit die Aufmerksamkeit auf das Potential einer geschlossenen ArbeiterInnenschaft.

Auch in Düsseldorf wehrten sich die ArbeiterInnen von Gate Gourmet gegen die Arbeitsverdichtung. In einem der längsten Streiks in Deutschland – ganze 6 Monate – entwickelte sich der Widerspruch von Kapital und Arbeit aufs deutlichste. Die Texas Pacific Group verstand den Widerstand als Machtkampf und antwortete entsprechend kompromislos und konfrontativ auf den Streik. Hier zeigte sich, zum einen, wie unnachgiebig die finanzkräftigen Private-Equity-Gesellschaften sind und zum anderen, dass sie den Ruf als gute Klassenkämpfer von oben zu verteidigen haben.

Für die Texas Pacific Group endete der Streik in Düsseldorf zwar mit einem Sieg. Die Investition in die Gate Gourmet, wie auch die in Bally, zeigte sich im allgemeinen aber als Flop. Die hohen Renditeerwartungen konnten bei beiden nicht erfüllt werden.

### **Fazit**

Die herrschende Kapitalüberproduktionskrise zwingt Investoren sich nach rentablen Anlagemöglichkeiten umzusehen. Das Modell „Private Equity“ lockt mit attraktiven Renditen und kurzfristigen Profiten. Wie bereits erwähnt, bietet es aber auch keinen Ausweg aus dieser Krise: Die Möglichkeiten sind begrenzt, Arbeitskämpfe folgen seinen unumgänglichen Umstrukturierungen auf den Fuss.

Allgemein ist es nur ein Ausdruck eines immer aggressiveren Verhaltens der krisengeschüttelten Bourgeoisie. Restrukturierungen und Entlassungen gehören schliesslich zum festen Instrumentarium eines jeden Unternehmens. Wie auch die Konkurrenz, welche immer verschärfter zum Ausdruck kommt.

Dieser Konkurrenz und der politischen Krise nimmt sich auch das diesjährige Jahrestreffen des WEFs an, so bietet es uns damit auch Ansatzpunkte für Widerstand und vor allem für das Aufzeigen einer Perspektive jenseits des Kapitalismus.

## **UBS: Südafrika**

Wir werden an diesem Posten über Südafrika zu Zeiten des Apartheid-Regimes sprechen, da die Schweizer Grossbanken in dieser Geschichte eine sehr wichtige Rolle gespielt haben und ausnahmsweise war diese Rolle auch öffentlich bekannt und sichtbar. Entsprechend gab es auch viele Kundgebungen und Aktionen und die waren meistens hier, auf dem Paradeplatz.

Voraus muss ganz allgemein gesagt werden, dass die Apartheid mit ihrer strengen Rassentrennung eine ganz offensichtliche Unrechts-Regierung war. Die westlichen Länder, die sich Demokratie und Freiheit auf die Fahne schreiben, konnten solches nicht negieren. Entsprechend waren jene Länder, die Kontakt zu Südafrika pflegten,

argumentativ knapp bestückt und entsprechend leichteres Spiel hatte die sehr breite Anti-Apartheids-Bewegung.

Anti-Apartheidsgruppen gab es in fast allen Ländern, auch in der Schweiz. In diesen Gruppen sammelten sich ebenso linke wie humanitäre Organisationen und grosse Teile der Kirchen. In mehreren Ländern war der Widerstand gegen die Zusammenarbeit so breit abgestützt, dass die Regierungen gezwungen werden konnten, die Zusammenarbeit mit dem Apartheidsregime einzustellen.

### **Schweiz – Südafrika**

In der Schweiz war das anders, die Schweizer Banken hielten treu zum diktatorischen, aber sehr einträglichen Partner Südafrika, schliesslich hatte der Gold und Edelsteine im Angebot. An diesen sicherten sich die Schweizer Banken sozusagen die Exklusivrechte. Als der IWF von der us-amerikanischen Solidaritätsbewegung daran gehindert werden konnte, eine Politik zugunsten der Apartheid-Regierung zu betreiben, sprangen die Schweizer Banken ein. Es waren die Umschuldungsverhandlungen von 1985 – 87, die das Apartheidssystem am Leben hielten, als es den Todesstoss eigentlich schon erhalten hatte.

Im August 1985 erneuerten zwei US-Banken wegen des starken Drucks ihre Kredite nicht mehr, andere Banken reagierten auf dieses Signal panisch und zogen ihre Kredite ebenfalls zurück. Südafrika war somit zahlungsunfähig. Normalerweise hätte das Regime jetzt an den IWF gelangen müssen, der IWF hätte eine Umschuldung organisiert und die IWF-Kredite wären an Bedingungen geknüpft worden. Beispielsweise, dass die Starrheit des Arbeitsmarktes, die die Wirtschaftsentwicklung hemmt, aufzuheben sei. – Das Hemmnis der Wirtschaftsentwicklung war die IWF Schönrede der Rassentrennung. Aber eben, Südafrika war nicht normalerweise, sondern rohstoffreich. Südafrika gelangte nicht an den IWF sondern an Herrn Leutwiler, dieser war der Ex Nationalbankspräsident und in der Zwischenzeit Chef der BBC, heute ABB. Er organisierte die Umschuldung, Deutsche und Schweizer Banken spielten IWF, koppelten ihre Kredite aber an keinerlei Bedingungen. Die drei Schweizer Grossbanken lieferten in den Jahren 1987 & 88 600 Millionen \$ ans zahlungsunfähige Südafrika und machten es damit wieder zahlungs- und überlebensfähig.

### **Zur Rechten**

Bei Südafrika präsentiert sich uns eine spezielle Situation: Es gab nicht nur eine linke ausserparlamentarische Opposition, die gegen die Kooperation mit dem Apartheid-Regime eintrat, sondern auch eine rechte Soligruppe mit dem Apartheid-Regime. Im Unterschied zu den üblichen Soligruppen galt die Solidarität in diesem speziellen Fall allerdings einzig und allein dem Kapital und besonders dem eigenen Interesse. Ihr erklärtes Ziel war: „Kein Wirtschaftsboykott, keine Einschränkung des Handels Schweiz-Südafrika“.

Wir sprechen hier von der Arbeitsgruppe südliches Afrika, bekannter unter ihrem Kürzel asa. Ihr Präsident war der damalige Nationalrat Christoph Blocher.

Eine zweite berühmt-berüchtigte Persönlichkeit aus dem Kreis der asa ist deren Sekretär. Der rechtsextreme Ulrich Schlüer aus Flaach. Er redigierte gleichzeitig die Zeitung „die Schweizerzeit“ und das Bulletin der asa. Die Schweizerzeit redigiert er nach wie vor.

Die asa begründete sich selbst folgendermassen, ich zitiere:

„Wir unterstützen die Anstrengungen der gemässigten Politiker aller Hautfarben im südlichen Afrika nach einem friedlichen, schrittweisen und evolutionären Wandel.“

Man bemerke: evolutionärer Wandel wird dem bösen revolutionären Wandel gegenüber gestellt.

Und jetzt folgt hervorgehoben: „Vor allem aber geht es uns darum, die immense strategische und rohstoffpolitische Bedeutung des südlichen Afrika für das Überleben eines freien Europa bewusst zu machen.“

Die asa befand sich gemäss Selbstdefinition im gerechten Kampf für die freie Welt. Wen wundert's?

Diese Gruppe arbeitete ausserparlamentarisch, hatte aber selbstverständlich eine schwergewichtige Lobby im Parlament, waren doch einige Mitglieder

ParlamentarierInnen. Ihre Kernaufgabe lag im Verfassen eines Bulletins, das allen Mitgliedern zugeschickt wurde, besonders aber an alle Medien. Ausserdem organisierte sie Veranstaltungen, die asa strebte ein Informationsmonopol an.

Für einen Teil der Antiapartheidsbewegung standen diese Kreise, die Apartheids-Profiteure, im Zentrum.

Schweizer Banken / Schweizer Geld / morden mit in aller Welt, war der Slogan

- die Ausgangslage war eindeutig und die Frage sehr praktisch

Würde es der Widerstand so bunt treiben können, dass die dadurch verursachten

Verluste und der Imageschaden das Geschäft mit Südafrika unattraktiv machen würden?

Anders gesagt, dass der Verzicht auf das Geschäft mit Südafrika weniger Verlust einbringen würde als die Weiterführung der Wirtschaftsbeziehungen?

### **Zum Widerstand**

Wir stehen hier vor der UBS, die UBS ging aus der Fusion von der SBG und dem Bankverein hervor. Die SBG war in den 80er Jahren die grösste schweizer Bank, die noch mit Südafrika respektive mit dem rassistischen und ausbeuterischen Apartheid-Regime zusammenarbeitete.

Doch zuerst ein paar Hintergrundinformationen.

Eine gross angelegte Konferenz von Kirchenvertretern aus aller Welt im Dezember 1985 die in Harare (Hauptstadt von Zimbabwe) stattfand, forderte, ich zitiere „einheitlich die sofortige Abschaffung des Apartheid-Systems, Freiheit für alle Südafrikaner und allgemeine Wahlen.“<sup>13</sup> Weiter in diesem Brief steht auch geschrieben dass durch wirtschaftlichen und politischen Druck dieses Regime zur Aufgabe gezwungen werden kann.

Die Widerstandsbewegung in der Schweiz organisierte sich um gegen die Machenschaften der Schweizer Banken vor allem der SBG, anzukämpfen. Ziel war es, diese Banken zur Aufgabe der Zusammenarbeit mit SA zu bringen, das heisst „Kein ruhiges Hinterland“ zu bieten. Ein Angriff auf den Finanzplatz Zürich...

Wie ging die Widerstandsbewegung vor?

1. Auf der einen Seite die Informationsbeschaffung zu den Banken und ihren finanziellen Netzwerken und deren Veröffentlichungen, auf der anderen Seite das Sammeln von Informationen zu SA, dies geschah vor allem über geistliche Verbindungen.

2. Das Informieren und Sensibilisieren der Öffentlichkeit nahm ihren Höhepunkt als der „Verein kritischer Aktionäre/innen der Schweizerischen Bankgesellschaft“ gegründet wurde. Dieser Verein versuchte an der Generalversammlung der SBG durch kritische Fragen das mediale Augenmerk auf sich resp. auf die Verbindungen der SBG zu SA zu lenken. Dem Verein ging es darum der SBG einen Imageschaden zuzufügen, da multinationale Konzerne, wie die SBG damals schon einer war, sehr auf ihr Image achteten. Dabei gab es einige Probleme wie zum Beispiel das die Mitglieder des Vereins eine sehr kleine Stimmenanzahl an der GV hatten ca. 2000 gegenüber 3 Mio. im Gesamten. Der Präsident des Verwaltungsrates der SBG, Robert Holzach tönte an der GV an, das die SBG „keine Spitzenposition bei den gewährten Engagements einnimmt“ und weil ebendiese Engagements sich im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen der Schweiz bewegten, bestehe kein Grund für deren Einstellung. Fest entschlossen dem Verein der kritischen Aktionäre/innen den Wind aus den Segeln zu nehmen scheute sich die SBG nicht mal vor dem Zitieren von einem verstossenen und kriminellen Kirchenvertreter, der (aus welchem Grunde auch immer) für das Apartheid-Regime war. Oder dem Zitieren respektive Interpretieren eines Zwischenberichtes einer Sonderkommission der Südafrikanischen Bischofskonferenz: Die Kommission hielt fest, dass wirtschaftlicher Druck von aussen der Wirtschaft schaden würde, was ja eine logische Tatsache ist. Die SBG übernahm dann die Meinung aus einem Rundbrief der Arbeitsgruppe südliches Afrika (asa), dass die Südafrikanische Bischofskonferenz einen wirtschaftlichen Boykott ablehnen würde. Die Klarstellung, veranlasst durch Pfarrer P

---

<sup>13</sup> Brief 16. Juni 1986 vom Sekretariat für Mission und Ökumene an die Generaldirektion der SBG

Rutishauser, der ein ständiger Kämpfer für die Rechte der Unterdrückten Bevölkerung in SA war, wurde bei der NZZ zwar durchgeführt, aber mit einigem Widerwillen, wie im Zitat erkennbar wird: „Das Informationsbüro der Südafrikanischen Katholischen Bischofskonferenz legt Wert auf eine Klarstellung im Zusammenhang über einen Kommissionsbericht...“

Leider verloren sich die Unterstützer und Unterstützerinnen für ein freies Südafrika in einem bürokratischen Kampf, der vor allem mit Briefen, Richtigstellungen und Leserbriefen ausgetragen wurde.

Ich wollte euch diese bestimmte Widerstandform zeigen, weil sie versuchte im Herzen der Institutionen der Banken zu kämpfen. Natürlich kannte der Widerstand auch noch viele andere Formen.

## Bahnhof: Alfred Escher und die SKA

Wir stehen hier vor dem Monument des Alfred Escher. Der Widerstand wollte es anfangs der 90er Jahre an einem 1. Mai schleifen, aber... es hat sich als stabil erwiesen und ist insofern ein wirkliches Sinnbild des Zürcher Kapitalismus. Nicht besonders gut aussehend, aber äusserst solide und standhaft.

Wieso dieser Angriff auf Alfred Escher, der 130 Jahre tot ist und Schnee von gestern scheint? Eine berechtigte Frage, doch auch wieder nicht. Escher gilt nicht zu unrecht als Gründervater des Finanzplatzes Zürich. Sicher, er war nicht alleine, doch er vereinte auf sich die politische Machtkonzentration, die wirtschaftlichen und sozialen Kontakte und die Skrupellosigkeit, die notwendig waren, um das Ziel zu erreichen. Ämterkumulationen gehörte zu Eschers Haupteigenschaften, er war überall dort vertreten, wo es gerade für die Durchsetzung seiner Interessen wichtig und richtig war.

Widersprüche wurden damals wie heute durch die Einheit vor dem Klassenfeind überwunden. Mitte des 19. Jahrhunderts stellte sich die soziale Frage, im industriell geprägten Zürich besonders stark. Der Klassenwiderspruch war polarisiert und die verfeindeten Fraktionen der Bourgeoisie einten sich im März 1846 hinter dem von Escher erlassenen Maulkrattengesetz, einem Gesetz „gegen kommunistische Umtriebe“, bemerkenswert, 2 Jahre vor dem kommunistischen Manifest.

Doch weshalb uns Escher hier und heute interessiert ist der Eisenbahnbau. Um den hinzubekommen, brauchte er viel Kapital, also machte er sich eine Bank. Er gründete kurzerhand die Schweizerische Kreditanstalt, heute bekannt als CS oder Credit Suisse. Und das soll hier am Rande auch noch erwähnt werden, er gründete ausserdem die Schweizerische Lebensversicherungs- und Rentenanstalt.

Der Bahnbau setzte in den 50er Jahren ein, was im europäischen Vergleich spät war. «Beim Eisenbahnbau ...ging es darum, wer ... die Vorherrschaft haben sollte: das immer noch mächtige und bevölkerungsreichste Bern, das reiche Basel mit seinem leichten Zugang zu Frankreich und den deutschen Staaten oder das „etwas abseits gelegene“ textilindustrielle Zürich.» Escher wollte Zürich durchsetzen und trat deshalb entschlossen für den privaten Eisenbahnbau ein, denn eine staatliche Lösung hätte wohl eher Olten, Basel oder Bern ins Zentrum gerückt.

Ich zitiere aus der Kantonsgeschichte:

«Der Eisenbahnbau erzeugte eine Kapitalnachfrage von bisher unbekannter Grösse. zwischen 1855 und 1860 flossen gesamtschweizerisch 40 bis 50 Prozent aller Anlage-Investitionen in den Geleisebau, jährlich über 40 Millionen Franken oder gegen 5 Prozent des Bruttoinlandprodukts. Die Industriefinanzierung war bisher zum grössten Teil über verwandtschaftliche und andere private Beziehungen erfolgt: nun machte sich das Fehlen eines Bankensystems, das Kredite in dieser Grössenordnung vermitteln konnte, bemerkbar. Um sich vom Einfluss der französischen Banken zu befreien, gründete Alfred Escher 1856 die Kreditanstalt.»

### **Credit Suisse**

Und damit war der Finanzplatz Zürich ins Leben gerufen und wir wären wir beim zweiten Thema dieses Postens angelangt: die Credit Suisse!

Über die CS von heute liesse sich vieles sagen, schliesslich ist sie nach der UBS die unbestrittene Nummer zwei. So zum Beispiel: Sie beschäftigt weltweit rund 66'000 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. 2005 konnte die Credit Suisse Group einen Reingewinn von beinahe 6 Milliarden Franken einfahren, der aktuelle CEO heisst Oswald Grübel. Solche Angaben findet ihr ohne jedes Problem auf der Homepage der CS. Wir wollen das nicht überbetonen.

Auf der Suche nach Erzählenswertem aus der reichhaltigen Geschichte der CS haben wir uns für Argentinien entschieden. Im April 2002 war in einem Communiqué der SVSA, das ist die Schutzvereinigung Schweizer Anleger, zu lesen. Ich zitiere:  
„Die SVSA fordert die Abwahl des Konzern Chefs der Credit Suisse Group Lukas Mühlemann. Weiter will die SVSA eine Sonderprüfung beantragen wegen der Rolle der CS u.a. bei Enron, dem Banco General de Negocios und dem Staatsbankrott in Argentinien. Dabei soll insbesondere die Rolle Mühlemanns untersucht werden.“ Soweit die Schutzvereinigung Schweizer Anleger.

Also wenden wir uns kurz den Ereignissen zu, die sich in Argentinien über den Jahreswechsel 2001/2002 ereigneten. Damals verlor das Proletariat den Job, die KleinbürgerInnen verloren ihr Ersparnis und die Krise machte, dass sogar die Grauzonen der Wirtschaft völlig kollabierten und auch das sog. Subproletariat keinen Handlungsspielraum mehr hatte.

Das nicht progressiv, sondern im Gegenteil rechts regierte Argentinien, war von einem unerbittlichen IWF in die Enge getrieben worden, und dies obwohl – oder nach einer zynischeren Lesart gerade weil – der Crash und die darauf folgenden sozialen Unruhen offensichtlich waren.

Als am 3. Dezember 2001 in Argentinien der Corralito in Kraft trat, das war das Gesetz, das alle Bankguthaben sperrte, war das meiste Kapital schon weg. Die Banken hatten 26 Milliarden \$ per Flugzeug ausser Landes gebracht. Sehr archaisch, in Koffer gepackt, wie in einem Agentenfilm. Zu diesen Banken gehörte auch die oben im Communiqué erwähnte Banco General de Negocios der beiden Brüder Carlos und José Rohm. Die Gebrüder Rohm waren die beiden grossen Namen, doch die Bank gehörte mehrheitlich der Credit Suisse, der Chase Manhattan und der Dresdener Bank. Die argentinischen Untersuchungsbehörden befassten sich zur Zeit aufgrund eines Geldwäschereivorwurfs mit dem Banco General de Negocios und dabei entdeckten sie, sozusagen als Kollateralschaden, häufige und illegale Kapitalausfuhren. Einer der Brüder, Carlos Rohm, wurde in Buenos Aires verhaftet, der andere Bruder José hatte Glück, denn er war in der Schweiz. Er befand sich gerade in Zürich, wo in den Räumen der CS eine Verwaltungsratssitzung des Banco General de Negocios angesagt war. Obwohl José Rohm via Interpol gesucht wurde, durfte er tags darauf in die USA ausreisen, die Schweiz meinte, die Beweise hätten nicht gereicht.

Der IWF zwang Argentinien in der Folge das Gesetz gegen die „wirtschaftliche Subversion“ abzuschaffen. Nach diesem Gesetz hätten z.B. gefälschte Bilanzen eingeklagt werden können. Man stelle sich das bitte vor: Argentinien wurde von der sogenannten aufgeklärten 1. Welt genötigt, ein Gesetz abzuschaffen, das offensichtliche Wirtschaftskriminalität ahndete. Dahinter stand z.B. der sehr einflussreiche ökonomische Think Tank IIF, das International Institute of Finance, in welchem alle massgeblichen Banken vertreten sind, also auch die CS und die UBS. Das IIF nannte das Verfolgen illegaler Kapitalflucht ein „kapriziöses Verhalten“ der argentinischen Regierung. Und das IIF sprach von „juristischen Belästigungen ausländischer Investoren“, und solches sei für die „entwickelten Ökonomien inakzeptabel“. Heute sind gefälschte Bilanzen in Argentinien deshalb völlig legal und Lukas Mühlemann wie die gesamte CS haben in der Folge eine weisse Weste.

Berlusconi war nicht der erste Bourgeois, der Gesetze aus purem Eigeninteresse ändern liess, und er wird auch nicht der letzte sein.